



**Judith Skudelny**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Judith Skudelny, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

## **Berlin**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus  
Raum 6.609  
Telefon 030 227 – 74728  
Fax 030 227 – 76728  
E-Mail:  
judith.skudelny@bundestag.de

## **Wahlkreis**

Siebenmühlenstr. 36  
70771 Leinfelden-Echterdingen  
Telefon 0711 2209 7700  
Fax 0711 2209 7699  
E-Mail:  
judith.skudelny@wk.bundestag.de

Berlin, 20. Oktober 2010

## **Atomstrom/ Laufzeitverlängerung**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

es ist gesellschaftlicher Konsens weit über alle Parteigrenzen hinweg, dass es einen vom Menschen beeinflussten Klimawandel gibt. Es ist weiterhin gesellschaftlicher Konsens, dass wir in Deutschland einen eigenen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen.

Dass Klimaschutz ein Hauptanliegen der deutschen Bundesregierung ist, wurde auch im Koalitionsvertrag festgelegt und hat weit über die Regierungskoalition hinaus Zustimmung gefunden. Bis 2020 wollen wir gegenüber 1990 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 40 Prozent reduzieren, bis 2050 um insgesamt 80 Prozent.

Welche Voraussetzungen notwendig sind, um diese Ziele zu erreichen, wurde in dem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Energiegutachten dargestellt.

Rot-Grün hat im Jahr 2000 das Gesetz über den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) eingeführt. Dadurch sind wir derzeit in einer Situation, in der wir die Produktion von Strom aus regenerativen Energien fördern. Die Erneuerbaren Energien tragen derzeit zu rund 15 Prozent zur Stromversorgung in Deutschland bei. Den größten Anteil an der Stromversorgung übernimmt die Windenergie mit 6,6 Prozent, gefolgt von der Biomasse mit 4,4 Prozent, Wasserkraft mit 3,3 Prozent und Solarenergie mit 0,7 Prozent.

Der bisherige und der zu erwartende weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien bleibt aber nicht ohne Folgen für unser Stromnetz. Mit dem wachsenden Anteil erneuerbarer Energien müssen viele kleine, dezentrale Stromerzeugungsanlagen wie Windräder oder Biogasanlagen in die Stromnetze integriert werden.

Das Problem ist, dass gerade die Stromerzeugung aus Solaranlagen und Wind sehr stark schwankt.



## Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Gerade die größte Ressource bei regenerativem Strom, die Windkraft, ist jedoch kaum planbar. Sie ist weder grundlastfähig, kann also nicht rund um die Uhr Strom liefern, noch kann die Energieerzeugung präzise vorhergesagt werden. Mit Hilfe der Wetterdienste wird schon heute versucht, die Einspeisung der Windenergie zu kontrollieren. Diese Methode stößt jedoch in der Genauigkeit an ihre Grenzen.

Um das Netz stabil zu halten, müssen sich bei starken Windschwankungen schnell konventionelle Kraftwerke (Regel- oder Schattenkraftwerke) einschalten. Die Zahl der kritischer Situationen im Netz steigt dabei stetig an. Kann der Strom aus Windenergie dennoch nicht in das Netz fließen, schalten sich Windkraftanlagen ab. Für den Abschaltung erhalten die Betreiber der Windenergieanlagen einen entsprechenden Schadensersatz.

Für die Stabilität des Netzes sind die Netzbetreiber zuständig. Diese mussten im letzten Jahr an 197 Tagen in die Netzeinspeisung eingreifen. Im Jahr 2006 lag die Zahl noch bei 80 Tagen.

Zudem liegen die größten Windkraftparks nicht dort, wo die meiste Energie benötigt wird. Die neuen Windparks liegen jetzt schon zumeist im Norden und Osten Deutschlands und in Zukunft entstehen offshore-Windparks weit vor den Küsten. Dieser Trend wird sich in Zukunft voraussichtlich noch verstärken. Die größten Ausbaupotentiale für erneuerbare Energien in Deutschland sieht das Energiegutachten der Regierung in Offshore-Windkraftanlagen in der Nord- und Ostsee. Die geplanten Mengen sind enorm: 5.000 Anlagen sollen 25.000 Megawatt (MW) Leistung liefern, und das bis 2030. Die größten Stromabnehmer befinden sich jedoch im Süden und Westen unseres Landes.

Die Netze in Deutschland wurden seit Ende des 19. Jahrhunderts von den Stromversorgungsbetrieben – meist kommunalen Elektrizitätswerken - zunächst nur in den Städten angelegt und schrittweise über ganz Deutschland erweitert. Die Energieversorgung in Deutschland war von Anbeginn an auf Großproduzenten von Strom ausgelegt, die sich dort angesiedelt hatten, wo auch große Stromverbraucher ansässig waren. Der Strom wurde gleichmäßig produziert und eingespeist. Entsprechend wurden die Übertragungs- und Verteilnetze ausgerichtet.

Die Einspeisung und Nutzung der regenerativen Energien hat jedoch vollständig andere Erfordernisse an unsere Stromnetze gestellt. Wie am Beispiel Windkraft verdeutlicht, handelt es sich um unsteten, weil wetterabhängigen Strom. Die jetzigen Netze reichen nicht aus, um den Stromschwankungen zu begegnen und die Strommengen über so große Distanzen zu transportieren. Zudem müssen die Netze künftig nicht nur in der Lage sein, Strom zu transportieren. Sie müssen auch Datenträger sein, um trotz des dezentral eingespeisten Stroms - insbesondere aus Solaranlagen - eine Regulierung und Leitung der Stromversorgung zu ermöglichen.

Die Kosten für den notwendigen Netzausbau sind indes nicht bekannt. Die erste Netzstudie der Deutschen Energieagentur (Dena) aus dem Jahr 2005 ging noch von benötigten 850 Kilometern (km) Höchstspannungsleitungen aus. Die zweite Dena-Netzstudie, welche im kommenden Monat vorgestellt werden soll, geht mittlerweile schon von 3.500 benötigten Netzkilometern bis 2020 aus. Diese dramatische Erhöhung liegt an den Ausbauzielen für Erneuerbare Energien.



## Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seit im Jahr 2005 die erste Netzstudie vorlag, wurden lediglich 90 km des benötigten Stromnetzes Wirklichkeit. Die niedrige Streckenzahl liegt auch an den massiven Protesten vor Ort.

Die Kosten den Netzausbaus werden von der Dena auf ca. 6 bis 13 Milliarden Euro beziffert. Die Dena hat dabei jedoch nur die Übertragungsnetze auf der Höchstspannungsebene (380 kV) betrachtet. Aufgrund der dezentralen Einspeisung von Solarstrom wird jedoch auch eine Sanierung der Verteilnetze notwendig. Die hierfür anstehenden Kosten wurden von einer BDI-Initiative zu erneuerbaren Energien mündlich auf grob geschätzte 10 Milliarden Euro beziffert. Der Verband der Elektrotechnik schätzt die notwendige Investitionssumme bis 2020 sogar auf 20 Milliarden Euro.

Dass die Stromnetze in Deutschland zur Achillesverse der Erneuerbaren Energien werden, ist bereits seit langem bekannt. Dennoch hat die Politik in der Vergangenheit darauf nicht reagiert. Die Rot-Grüne Bundesregierung hatte zwar den Ausstieg aus der Atomstromgewinnung in Deutschland und die Einführung einer Umlage zur Förderung der regenerativen Energien beschlossen. Weitergehende Konzepte zur Umgestaltung der Energielandschaft und Nutzung der Erneuerbaren Energien waren jedoch weder geplant noch erstellt worden.

Mit dem heutigen Stand der Technik ist eine vollumfängliche Nutzung der Erneuerbaren Energien nicht möglich. Im Jahr 2009 musste sogar an neun Tagen Strom ins Ausland exportiert werden, allerdings nicht als Handelsgut. Der Strom musste aus dem deutschen Netz vielmehr entsorgt werden, um die Netze stabil zu halten. Die Abnehmer wurden dafür bezahlt, dass sie den Strom aus dem Netz entnehmen. Das Wirtschaftsgut Strom musste sozusagen als Müll entsorgt werden.

Das zeigt: Die eigentliche Herausforderung der Bundesregierung ist es, das Problem der Netze zu lösen. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, wer die Kosten des Netzausbaus tragen muss.

Derzeit werden die Netzkosten ausschließlich von den konventionellen Energieproduzenten sowie den Stromabnehmern gezahlt. Der Strompreis in Deutschland ist schon heute im europäischen Vergleich der drittteuerste nach Irland und Italien. Grund hierfür sind die Stromnebenkosten (im Gegensatz zu den Stromerzeugungskosten).

Der Strompreis in Deutschland ist zusätzlich zu den Erzeugungskosten mit der EEG-Umlage, der KWK-Umlage, einer Netzumlage (nur für den Betrieb der Netze) sowie einer über dem europäischen Schnitt liegenden Strom- bzw. Ökosteuern belastet. Insbesondere die weitere Entwicklung der EEG-Umlage ist heute nicht absehbar. Dass der Strompreis aufgrund der Förderung der Erneuerbaren Energien - insbesondere der Solarstromförderung - steigen wird, ist klar. Unklar ist heute jedoch, in welchem Umfang dies passieren wird.

Nach Schätzungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) werden allein die Belastungen aus der EEG-Umlage für die Stromkunden von 5,3 Milliarden Euro im letzten Jahr auf voraussichtlich 8,2 Milliarden Euro in diesem Jahr steigen (geschätzter Anstieg der Umlage für die Öko-Energien von 2,047 Cent auf 3,2 bis 3,5 Cent/ kWh)



## Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Eine weitere Belastung des Strompreises würde nicht nur die notwendigen Lebenshaltungskosten aller Stromverbraucher erhöhen; sie wäre auch ein Nachteil für unsere Exportindustrie. Gleiches gilt jedoch auch für Steuererhöhungen oder die Einführung einer entsprechenden Abgabe. Nachdem wir in der Bundesregierung die strengen Vorgaben der Schuldenbremse einhalten müssen, ist eine Investition aus dem Bundeshaushalt kaum realistisch.

Die von der Politik zu klärende Frage war nun: Wer kann künftig die Netzausbaukosten schultern?

Die Kernenergie wird in Zukunft einen deutlichen Wettbewerbsvorteil aus dem europäischen Zertifikatehandel haben. Konventionelle Gas- und Kohlekraftwerke müssen künftig für ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß Zertifikate erwerben. Sie haben das Recht, den Preis dafür auf den Stromverkaufspreis aufzuschlagen. Dadurch wird sich der Strompreis aus konventioneller Gas- und Kohleherstellung erhöhen. Eine entsprechende Abgabe für Atomanlagen gibt es dagegen nicht. Es handelt sich daher um einen Wettbewerbsvorteil der Kernenergiebranche, der weder technologisch noch betriebsbedingt ist. Der Vorteil ist schlicht bedingt durch die klimapolitische Regulierung eines anderen Marktsegments.

Nach heutigen Erkenntnissen wird der Ausstieg aus der Atomenergie zu einer Stromlücke führen. Zum einen wächst der Strombedarf weiter an. Dabei können wir aber mit den Erneuerbaren Energien nicht punktgenau Strom erzeugen. Darüber hinaus stehen nicht genügend Speicherkapazitäten zur Verfügung, um den produzierten Strom zu den richtigen Zeiten verwenden zu können. Letztlich sind die notwendigen Netze zur Integration und Steuerung des Stroms aus regenerativen Energien nicht vorhanden. Wir erzeugen somit zwar einen Stromüberschuss aus Erneuerbaren, können diesen aber nicht effektiv einsetzen.

Es besteht die Möglichkeit, diese Lücke über Stromimporte aus unseren Nachbarländern zu schließen. Dies würde jedoch auch zu einem nicht unerheblichen Teil den Import von Atomstrom bedeuten. Die Wertschöpfung aus der Stromerzeugung würde jedoch im Ausland stattfinden. Hinzu käme, dass die Stromkosten aufgrund der Importgebühren für die Nutzung der Grenzkuppelstellen (Schnittpunkte zwischen den nationalen Stromnetzen) den Strom verteuern würden.

Nehmen wir den gesellschaftlichen Konsens zum Klimaschutz in Deutschland ernst, müssen wir künftig in viele Bereiche investieren. Neben den geschilderten Netzinvestitionen müssen neue leistungsfähige Stromspeicher zur Verstärkung der schwankenden erneuerbaren Energien entwickelt werden. Auch im Bereich der Effizienzforschung werden Gelder benötigt, wenn wir unser Klimaschutzziel bis 2050 erreichen wollen.

Die Regierung hat sich daher dafür entschieden, die Laufzeiten der deutschen Kernkraftanlagen zu verlängern. Damit bleibt die Wertschöpfung im Land. Der Wettbewerbsvorteil der Kernenergie gegenüber den Kohle- und Gaskraftwerken wird abgeschöpft und auch zur Integration des Stroms aus erneuerbaren Energien verwendet.



## Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Zudem werden die Zusatzgewinne abgeschöpft, die aus der verkürzten Abschreibungsfrist für die Kernkraftwerke entstehen konnten (Nebenvereinbarung des rot-grünen Atomausstiegs aus dem Jahr 2000, die Abschöpfung dieser Zusatzgewinne habe ich in einem gesonderten Schreiben erläutert). Letztlich zahlen die Kraftwerksbetreiber auf ihre Gewinne Steuern, die im Falle der Abschaltung der Anlagen auch nicht bei uns angefallen wäen.

Die klimaschutzbedingte Umgestaltung unserer Energielandschaft wird uns alle viel Geld kosten. Ich setze mich dafür ein, daher so viel Wertschöpfung als möglich im Land zu halten, damit wir diese gewaltige Aufgabe leisten können.

Ich stehe daher mit voller Überzeugung hinter der Entscheidung der Bundesregierung und werde im Bundestag - voraussichtlich Ende Oktober - für das Gesetz zur Laufzeitverlängerung stimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Judith Skudelny